

Hermann Lübbe

## Technokratie. Politische und wirtschaftliche Schicksale einer philosophischen Idee

„Technokratie“ ist heute, umgangssprachlich, ein negativ besetztes Wort. Technokraten - das sind Könner und Macher mit schwach entwickeltem Sinn für die Zwecke und Ziele, denen sie doch zu dienen hätten. „Technikgläubigkeit“ macht sie borniert und damit blind für Fälligkeiten kultureller, sozialer und politischer Modernisierung jenseits der engen Horizonte technischen Fortschritts. Entsprechend gelten dann Technokraten als „konservativ“ und komplementär dazu gilt Technikskepsis als Progressivitätsindikator<sup>1</sup>. Die Technokraten sind es, auf die die Mahnung gemünzt ist, daß man nicht alles machen dürfe, was man machen kann<sup>2</sup>. Das ist gewiß eine un widersprechliche Mahnung. Aber sie ist auch banal, und das nicht erst im Lichte jüngerer ethischer Einsicht<sup>3</sup>. Das schließt ein, es wäre ein polemisches Zerrbild technokratischer Ideologie, sie für eine moralisch defizitäre intellektuelle Selbstverständigung zielreflexionsabstinenter Ingenieure zu halten. Für diese polemische Variante des moralisierenden Aburteils über die Technokraten gilt insofern dasselbe wie für die sogenannten „Positivisten“ mit ihrer „instrumentellen Vernunft“, die sich in ihrer könnerschaftlichen Betätigungslust angeblich blind jedem beliebigen politischen Führer dienstbar machen. Selbst für die totalitären Regime unseres Jahrhunderts ist aber just dieser Ingenieurstyp nicht charakteristisch gewesen<sup>4</sup>. Histo-

\* Dieser Beitrag basiert auf der GEP-Vorlesung an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich am 29. Januar 1998.

<sup>1</sup> So im Rückblick auf die akademische Jugendbewegung der späten sechziger und frühen siebziger Jahre noch heute der deutsche Wirtschaftspolitiker Siegmund Mosdorf: Ja zu Experimenten. Aber die Politik bewegt sich nicht. In: DIE ZEIT. Nr. 7 (5. Februar 1998), p. 11.

<sup>2</sup> In der auf den Blick überraschenden Wendung, es sei „ein untechnisches Verhalten“, „alles zu tun, was technisch möglich“ ist, hat insbesondere Carl Friedrich von Weizsäcker die fragliche Mahnung wiederholt zur Geltung gebracht - so Carl Friedrich von Weizsäcker: Die Tragweite der Wissenschaft. Erster Band. Stuttgart 1973, p. 8.

<sup>3</sup> Cf. dazu das Kapitel: „Man darf nicht alles machen, was man machen kann. Zur Kritik eines Moralismus aktueller Zivilisationskritik“ in meinem Buch „Der Lebensinn der Industriegesellschaft. Über die moralische Verfassung der wissenschaftlich-technischen Zivilisation“. Berlin, Heidelberg, New York etc. 1994, pp. 193-198.

<sup>4</sup> Die „Instrumentelle Vernunft“, so lautet eine wirksam gewordene Charakteristik Max Horkheimers, habe es „mit der Angemessenheit von Verfahrensweisen an Ziele“ zu tun,

risch waren die großen Repräsentanten der Idee der Technokratie alles andere als moralisch und politisch indifferente Subjekte. Sie waren ganz im Gegenteil Planer ideologisch gezielter Weltverbesserung, und die Vergegenwärtigung der Gründe ihres Scheiterns ist für die Verständigung über unsere Gegenwartslage nützlich.

Technokratie - das ist die Idee der Abschaffung der Politik mittels der Errichtung einer Herrschaft der Sachgesetzlichkeiten mit ihren technischen Imperativen. Das klingt sehr philosophisch. Nichtsdestoweniger hat diese Idee Geschichte gemacht und in unserem Jahrhundert sogar Weltgeschichte, auch schlimme Weltgeschichte. Es bestätigt sich somit auch in diesem Falle, was Josef Bochefiski zur Kritik am Vorurteil, das von der Wirklichkeitsferne der Philosophie wissen will, geltend gemacht hat, daß sie nämlich, statt „harmlos“ zu sein, gelegentlich „Macht“, sogar „furchtbare Macht“ gewinnt, den „Gang der Menschheit bestimmt“ oder auch „das Leichentuch über ihre Ruinen breitet“<sup>5</sup>. Auch als eine Variante der Idee des Philosophenkönigtums läßt sich die Technokratie auffassen - aufschlußreich mißlingend.

Fünf Aspekte des weitgespannten Themas „Technokratie“ sollen im folgenden erläutert werden, und zunächst seien diese Aspekte benannt. *Erstens*: Technokratie als Utopie. *Zweitens*: Technokratische Elemente im politischen Totalitarismus. *Drittens*: Die moderne Technik als Medium der Zersetzung des technokratischen Totalitarismus. *Viertens*: Der Triumph der ökonomischen Rationalität über die technokratische Rationalität. *Fünftens*: Die Begünstigung demokratischer Selbstorganisation durch die Evolution der technischen Zivilisation. - Soweit die Exposition des Programms, der die Erläuterung der fünf benannten Aspekte der Sache nun folgen soll.

## Technokratie als Utopie

Zu den Klassikern technokratischer Utopie wird stets Francis Bacon gezählt. Ein philosophiegeschichtlich wirkungsreicher Denker war Francis Bacon ganz gewiß<sup>6</sup>, aber überdies ein mit dem politischen Leben seiner Epoche vertrauter Praktiker und

---

hingegen lege sie „der Frage wenig Bedeutung bei, ob die Ziele als solche vernünftig sind“. Cf. Max Horkheimer: Zur Kritik der instrumentellen Vernunft. Aus den Vorträgen und Aufzeichnungen seit Kriegsende. Herausgegeben von Alfred Schmidt. Frankfurt a.M. 1967, p. 15. -Zur mangelnden Eignung des so charakterisierten Begriffs der instrumentellen Vernunft für die Beschreibung der manifesten Dienstbarkeit technischer Intelligenz bei den großen totalitären Regimen unseres Jahrhunderts cf. meinen Aufsatz „Instrumentelle Vernunft. Zur Kritik eines kritischen Begriffs“, in: Hermann Lübke: Fortschritt als Orientierungsproblem. Aufklärung in der Gegenwart. Freiburg im Breisgau 1975, pp. 75-120.

<sup>5</sup> Josef M. Bochefiski: Europäische Philosophie der Gegenwart. Bern und München 1951, p. 9.

<sup>6</sup> Als knappe neuere Gesamtdarstellung cf. Wolfgang Krohn: Francis Bacon. München 1987.

als zeitweiliger Lordkanzler von England Inhaber des höchsten Amtes, das die Krone zu vergeben hatte<sup>7</sup>. Über eine Korruptionsaffäre stürzte er, und bald danach schrieb er seinen Fragment gebliebenen Roman "New Atlantis" - drei Jahre vor seinem Tode 1626. Bacon ist darin eine glanzvolle symbolische Veranschaulichung des Gedankens gelungen, Politik als Herrschaftspraxis in wissenschaftlich basierte Sachherrschaft zu überführen. Auf Nova Atlantis, einem utopisch in die Dimension des Raumes, nämlich auf eine ferne Insel projizierten Entwurf eines Gemeinwesens, ist, unter anderem, die Denkmalszene revolutioniert. Auf den öffentlichen Plätzen sind nicht, wie überall im Europa monarchistischer Tradition, die gerüsteten Repräsentanten des Prinzips "Macht" denkmalsfähig, vielmehr exklusiv die Erfinder und Entdecker und sonstigen Förderer unserer Wohlfahrt - von den großen Ärzten über die Züchtungsexperten und Metallurgen bis hin zu den Seefahrern und Naturforschern<sup>8</sup>.

Das Wort „Macht“ verändert in diesem Kontext seine Bedeutung. Aus Macht, die politisch Zustimmung, ja Gehorsam verlangt und notfalls erzwingt, wird gesteigerte Fähigkeit der Wohlfahrtsverschaffung durch Gehorsam gegenüber den Gesetzmäßigkeiten unserer naturalen Lebensvoraussetzungen. In der Formel „Wissen ist Macht“ ist das zu einem populären Topos geworden. „Tantum possumus quantum scimus“ ist davon die lateinische Version. Stärker als alle Herrschaftsmacht, die nichts als Macht von Menschen über Menschen bliebe, wird also - so die utopisch-technokratische Verheißung - jene Macht sein, die uns auf der Basis wissenschaftlichen Wissens und damit in der Unterwerfung unter die erkannten Gesetze der Natur durch Realitätsbeherrschung zufällt<sup>9</sup>.

Zu dieser technokratischen Einschätzung der Macht aus Naturbeherrschung verhält sich, realistischer, die spätere Hobbesianische Einschätzung der Macht des wissenschaftlichen Wissens genau komplementär. In einem Katalog dessen, was der Steigerung politischer Herrschaftsmacht dienlich ist, heißt es nämlich bei Hobbes abschließend: „The sciences, are small power“<sup>10</sup>. Naturgehorsam versus Befehlsgehorsam, Technokratie versus Politik - zu diesem Gegensatz ließe sich die Utopie Bacons gegenüber Hobbes' Programm der Errichtung einer absolutistischen Monarchie stilisieren. Dieser Gegensatz von politischer Herrschaft einerseits und technisch-kompetenter Sachherrschaft andererseits ist sogar in biographischen Anekdo-

<sup>7</sup> Joel L Epstein: Francis Bacon. A Political Biography. Ohio 1977.

<sup>8</sup> Man finde auf Neu-Atlantis, so der Bericht, „statua's of all principal inventors. There we have the statua of your Columbus, that discovered West India.“ etc. - Francis Bacon: The Works. Collected and Edited by James Spedding, Robert Leslie Ellis, Douglas Denon Heath. Volume V. New York 1869, pp. 411 f.

<sup>9</sup> „Naturae enim non imperatur, nisi parendo“ - so Francis Bacon im „Novum Organon“, Works a.a.O. Volume 1, New York 1869, p. 337.

<sup>10</sup> Nach überzeugenden machttheoretischen Statements wie „Good success is power“ oder „Reputation of power, is power“, in: Thomas Hobbes: The English Works. Now First Collected and Edited by Sir William Molesworth. Vol. III. London 1839, pp. 74f.

ten präsent, die den beiden zitierten Denkern gelten. Hobbes wurde, 1588, früher als erwartet geboren, als die Furcht, die sich in England vor der nahenden spanischen Armada verbreitete, auch seine Mutter ergriff<sup>11</sup>. Bacon hingegen starb unerwartet früh, als ihn, nach Experimenten mit der Kältekonserverung von Hühnerfleisch im Frühjahrsschnee, eine Lungenentzündung niederwarf<sup>12</sup>. Damit wäre dann Bacon, sozusagen, als Märtyrer empirischer Forschung gestorben.

Technologisch produktiv gemachte Arbeit schafft Wohlstand - nicht Politik. Das fand, zweihundert Jahre nach Bacon im Zeitalter der Frühindustrialisierung, auch der französische Graf Henri Saint-Simon und veranschaulichte das mit den geringen Mühen, die es bereite, Großwürdenträger aller Art, Minister mit und ohne Portfeuille und sonstige Angehörige herrschender Schichten notfalls über Nacht auszutauschen, wohingegen der plötzliche Verlust der wichtigsten Naturwissenschaftler, Ingenieure, Unternehmer und Agronomen die Wohlfahrt Frankreichs ruinieren müßte<sup>13</sup>. Wozu also politische Herrschaft? Das war die provozierende Frage Saint-Simons, und die Antwort würde alsbald die Zukunft geben, nämlich in der erkennbaren Richtung der zivilisatorischen Evolution: "Bis zur Abschaffung der Sklaverei müßte die Regierungstätigkeit die Haupttätigkeit sein. Heute muß sie immer mehr zu einer untergeordneten Tätigkeit werden"<sup>14</sup>.

Der Zukunftsaspekt dieser technokratischen Utopie läßt uns einen wichtigen Vorgang in der Geschichte der Utopie erkennen, nämlich ihre „Verzeitlichung“<sup>15</sup>. Bacon hatte seine Utopie in den Raum, nämlich auf eine ferne Insel projiziert. Die utopische Projektion an den Horizont der Zukunft setzt einen zivilisatorischen Zustand voraus, der als ein in gerichteter Wandlung befindlicher Zustand wahrgenommen wird - einen Zustand also, in welchem sich die Zukunftserwartungen nicht mehr nach dem Muster vertrauter Vergangenheit bilden, vielmehr als Extrapolation tatsächlicher oder vermeintlicher Trends<sup>16</sup>. Der Temporalisierung der technokratischen Utopie entspricht in plausibler Weise zugleich die Verkürzung der Zeitabstände, die

<sup>11</sup> Diese Anekdote wird auch in knappen Bezugnahmen auf die Biographie Thomas Hobbes' ungenau ausgelassen - so auch bei Richard Peters: Hobbes. Harmondsworth 1967, p. 13.

<sup>12</sup> Obligatorweise berichtet auch bei W.A. Sessions: Francis Bacon Revisited. New York, London etc. 1996.

<sup>13</sup> Il faudrait à la France au moins une génération entière pour réparer ce malheur“, so Claude-Henri de Saint-Simon: Œuvres. Tome II. Genève 1977: Premier extrait de L'Organisateur, pp. 17-26, p. 20.

<sup>14</sup> Henri de Saint-Simon: Über die Gesellschaftsorganisation. Fragmente einer unveröffentlichten Schrift, auszugsweise abgedruckt bei Thilo Ramm (Hrsg.): Der Frühsozialismus. Ausgewählte Quellentexte. Stuttgart o.J. pp. 25-30, p. 28.

<sup>15</sup> Reinhart Koselleck: Die Verzeitlichung der Utopie. In: Utopie-Forschung. Band 3. Frankfurt a. M. 1982, pp. 1- 14.

<sup>16</sup> Cf. hierzu das Kapitel „Politischer Avantgardismus oder Fortschritt und Terror“ in meinem Buch: „Im Zug der Zeit. Verkürzter Aufenthalt in der Gegenwart“, Berlin, Heidelberg, New York etc. '1994, pp. 137-154.

bei Bacon einerseits und bei Saint-Simon andererseits Science Fiction von ihrer Realisierung trennen. Bei Bacon, immerhin, waren auf Nova Atlantis bereits Fluggeräte im Einsatz, oder auch Unterseeschiffe - diese freilich nicht zu kriegerischen Zwecken, vielmehr in der Absicht, den gefährlichen Stürmen auf der Oberfläche der Meere in deren ruhige Tiefe entkommen zu können. Realität wurde das knappe dreihundert Jahre später. Im Falle Saint-Simons hingegen ist die temporale Distanz zwischen technischer Idee und ihrer Realisierung bereits auf einige wenige Jahrzehnte geschrumpft - bei der Idee zum Beispiel, den Isthmus von Panama zu durchstechen. Die objektive, meßbare Dynamik der technischen Evolution, die mit dem Zeitalter der Frühindustrialisierung erreicht und auffällig geworden war, spiegelt sich in dieser Schrumpfung der Realisierungszeit technischer Phantasien<sup>17</sup>.

### **Technokratische Elemente im politischen Totalitarismus**

Saint-Simon pflegt zu den sogenannten Frühsozialisten gezählt zu werden. Die Klassiker des Marxismus-Uninismus sahen in ihm einen Repräsentanten des utopischen Denkens, über das hinaus sich die sozialistische Theorie zur „Wissenschaft“ zu erheben habe<sup>18</sup>. Man werde nicht vergessen, erklärte Friedrich Engels, daß der wissenschaftliche Sozialismus „auf den Schultern Saint-Simons“ und einiger anderer Vorläufer stehe, und er rühmte Saint-Simons „geniale Weite, des Blicks“. Das ist der ideologehistorische Zusammenhang, innerhalb dessen auch die Idee der Technokratie in die marxistisch-leninistische Theorie Eingang gefunden hat, und zwar an zentraler Stelle. Davon bleibt unberührt, daß die erst später ausdrücklich unter dem Theorienamen „Technokratie“ auftretenden „bürgerlichen“ Fortentwicklungen des klassischen technokratischen Denkens als „Ideenbildung“ von ‚bourgeoisem Klassencharakter‘ mit der Funktion, „von den sozialökonomischen Grundlagen des ... staatsmonopolistischen Kapitalismus abzulenken“, stets scharf bekämpft worden sind<sup>19</sup>. Als „bürgerlich“ mußte, aus marxistischer Perspektive, Saint-Simon wegen seiner Revolutionsgegnerschaft gelten. Demgegenüber will die kanonisch gewordene marxistische Klassenkampftheorie der Geschichte wissen: Die Liquidation der herrschenden Klassen und ihrer politischen Macht resultiert nicht evolutionär aus

---

<sup>17</sup> Cf. dazu David S. Landes: Der entfesselte Prometheus. Technologischer Wandel und industrielle Entwicklung in Europa von 1750 bis zur Gegenwart. Deutsch Köln 1973. - Daß ineins mit der auffällig gewordenen Dynamik der technischen Evolution auch die Zeit, vermessungstechnisch wie nutzungstechnisch, ein zeitspezifisches Thema wird, hat gleichfalls Landes detailliert beschrieben: David S. Landes: Revolution in Time. Clocks and the Making of the Modern World. Cambridge (Mass.), London 1983.

<sup>18</sup> Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft (1882). In: Karl Marx / Friedrich Engels: Werke. Band 19. Berlin 1962, pp. 177-228.

<sup>19</sup> Cf. dazu den Artikel „Technokratie“ in: Georg Klaus, Manfred Buhr (Herausgeber): Philosophisches Wörterbuch. 10. neub. und erw. Auflage Leipzig 1974, pp. 1212-1214.

Technisierung und Industrialisierung; Herrschaftsbefreiung vollzieht sich vielmehr in einem Akt politischer Revolution durch die bislang Unterdrückten, und einzig als Diktatur des Proletariats läßt sich die revolutionär gewonnene Freiheit von Ausbeutung sichern. Technokratisch ist es somit, evolutionär die Euthanasie der politischen Herrschaft von Menschen über Menschen zu erwarten. Sozialistisch hingegen wird, revolutionär, das Ende politischer Ausbeutungsherrschaft mit den Mitteln politischer Gewalt eingeleitet und so die Voraussetzung für das Absterben des Staates im späteren Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus vorbereitet.

Dennoch bleibt die Idee der Technokratie in ihrer bei den Klassikern greifbaren Fassung auch im marxistisch-leninistischen Konzept sozialistischer Politik präsent. Nachdem Lenin, am 9. April 1917, über Gottmadingen die Schweiz verlassen hatte und wenige Tage später in Rußland eingetroffen war, schrieb er im Sommer darauf, durch einen Haftbefehl der Regierung Kerenski abermals für ein Vierteljahr in die Illegalität gezwungen, „Staat und Revolution“, das die Quintessenz seiner politischen Philosophie enthält<sup>20</sup>. Politik ist danach in ihrem Kern die Beantwortung der Frage, wie das gesellschaftliche Arbeitsprodukt anzueignen und zu verteilen sei, mit den Mitteln politischer Macht. Das ist gewiß ein reduzierter, aber nicht willkürlich reduzierter Politikbegriff, und Lenin vermag aus ihm abzuleiten, wieso sogar noch im Sozialismus, also nach der gelungenen Revolution, der Staat als Repressionsinstrument für die Aufrechterhaltung sozialistischer Verteilungsgerechtigkeit unentbehrlich ist. Im Sozialismus nämlich erfolgt, unter Knappheitsbedingungen, die Verteilung des gesellschaftlichen Arbeitsprodukts leistungsgerecht, und damit bleiben Gerechtigkeitsansprüche des Menschen unbedient, die sehr viel tiefer als in ungleichen Leistungen, nämlich in ungleichen Bedürftigkeiten begründet sind. Wie aber sollte es jemals möglich sein, das gesellschaftliche Arbeitsprodukt, statt leistungsgerecht, bedürfnisgerecht zu verteilen? Die Antwort lautet: Es bedarf der Überwindung der Knappheit. Der Sozialismus wird die Springquellen des gesellschaftlichen Reichtums sprudeln machen, so daß, dermaleinst, sozusagen vom Geben zum Nehmen übergegangen werden kann<sup>21</sup>. Damit hört das Verteilungsproblem

<sup>20</sup> Zu einigen Details der Reise Lenins von der Schweiz nach Rußland cf. Hermann Weber: Lenin in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Reinbek bei Hamburg 1970, pp. 102-114.

<sup>21</sup> W. I. Lenin: Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution. In: W. I. Lenin: Ausgewählte Werke in zwei Bänden. Band II, Stuttgart o.J. pp. 158-253, p. 232: „Der Staat wird dann völlig absterben können, wenn die Gesellschaft den Grundsatz ‘Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen’ verwirklicht haben wird, d.h. wenn die Menschen sich so an das Befolgen der Grundregeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens gewöhnt haben werden und ihre Arbeit so produktiv sein wird, daß sie freiwillig nach ihren Fähigkeiten arbeiten werden. ... Die Verteilung der Produkte wird dann keine Normierung der jedem einzelnen zukommenden Menge von Seiten der Gesellschaft erfordern; jeder wird frei ‘nach seinen Bedürfnissen’ nehmen.“

schließlich auf, ein politisches Problem zu sein. Der Staat als Instrument politischer Zwangsverteilung stirbt ab<sup>22</sup>, und der Kommunismus etabliert sich als System herrschaftsfreier sozialer Wohlfahrtskoexistenz. Im berühmtesten aller Leninschen Dikta, Kommunismus sei Sowjetmacht plus Elektrizität, ist dieser Gedankengang mottohaft zusammengefaßt<sup>23</sup>. „Elektrizität“ steht dabei metonymisch für die industriell erzeugte Güterfülle, die das Verteilungsproblem definitiv entpolitisiert wird. Die technokratische Vision industriegesellschaftlicher Herrschaftsauflösung ist darin mühelos wiederzuerkennen.

Das alles ist gewiß auch Philosophie, aber eben weltpolitisch folgenreiche Philosophie. Das sozialistische Produktionspathos mit seinen Auswirkungen auf die sowjetische Arbeitswelt darf man dabei noch zu den vergleichsweise harmloseren Folgen zählen. Gravierender, nämlich ökonomisch und ökologisch schadensreicher hat sich die Tonnenideologie ausgewirkt und desgleichen der „Sozialistische Wettbewerb“ mit seinen gesamthaft demotivierenden Folgen. Hätten denn die Werktätigen wirklich massenhaft den hochgerühmten Helden der Arbeit nachgeeeifert? Diese waren aber in ihrer leuchtenden Vorbildlichkeit wichtige Kultobjekte in der Ästhetik des Sozialistischen Realismus mit ihrer Feier der industriellen Arbeitswelt. Im Ausgang eines typischen Sowjetfilms heißt das: Ein junges Paar schaut von einem Aussichtsturm über die endlosen Wälder an den Ufern eines elegischen sibirischen Stromes, und statt der Liebesbekundung, die an dieser Stelle normalerweise zu erwarten gewesen wäre, beschwört das Paar die Vision der Papierfabrik, die von den Jungen Pionieren demnächst hier zu errichten sein werde.

Bis in die politische Emblematik hinein schlägt die technokratische Idee durch, die Bedingungen vorerst noch anhaltender politischer Repression künftig durch Hochproduktion beiseite zu schaffen. Die bewaffneten großen Tiere, die uns aus der Staatsemblematik vom Löwen über den Bären bis zum Adler vertraut sind, werden durch die parteipolitisch umfunktionierte Emblematik von Arbeitsgeräten, die der Tradition der Zünfte entstammt, abgelöst. Hammer und Sichel repräsentieren den wichtigsten Fall dieser emblematischen Revolution. Sublimierungstendenzen gibt es aber auch im Staatswappen der DDR zum Beispiel, in welchem Hammer und

---

<sup>22</sup> Zu den Fortbildungen der Staatstheorie in der marxistisch-leninistischen und näherhin sowjetischen Ideologie cf. Friedrich-Christian Schroeder: Wandlungen der sowjetischen Staatstheorie. Mit einem Textanhang. München 1979.

<sup>23</sup> Zur orthodoxen Feier der entsprechenden Industrialisierungsprogramme cf. das Kapitel „Die Elektrifizierung Rußlands - die große Leninsche Idee“ in der parteioffiziellen „W. I. Lenin Biographie“, Frankfurt am Main 1970, pp. 605-610. - Passiert ist weit bis in das Jahr 1922 auf diesem Gebiet sehr wenig - für die Energieversorgung spielte die Elektrizität keine Rolle“, kommentiert ein westlicher Historiker den Parteitagbeschuß zur Elektrifizierung Rußlands vom Frühjahr 1920. Immerhin wurde schon „im Juni 1920 mit dem Bau des Elektrizitätswerkes Schatna, östlich von Moskau, mit fünftausend Kilowattleistung zur Nutzung der Torfvorräte begonnen“ - so Peter Scheibert: Lenin an der Macht. Das russische Volk in der Revolution 1918-1922. Weinheim 1984, p. 23 1.

Sichel durch Hammer und Zirkel ersetzt sind, das Bündnis von Proletariat und technischer Intelligenz symbolisierend. Das ließe sich bis in den sozialdemokratischen Teil der Arbeiterbewegung hinein verfolgen, und noch im Staatswappen der Republik Österreich mit seiner interessanten Mischung traditionell-politischer und technokratisch-sozialistischer Emblemik spiegelt sich das, nämlich im Staatsadler, der gleichsam entwaffnet und werktätig gemacht ist, indem man ihm Hammer und Sichel in die Fänge getan hat.

Wir befinden uns gegenwärtig in einer Epoche, wo im Vergleich der beiden großen totalitären Systeme, die in unserem Jahrhundert Weltgeschichte gemacht haben, der marxistische-leninistische Bolschewismus einerseits und der Nationalsozialismus andererseits wieder näher aneinandergerückt werden. Dazu haben jüngst vor allem die Arbeiten französischer Historiker, Politikwissenschaftler und Publizisten beigetragen. Zumal im Vergleich der politischen Tötungsraten, die die beiden totalitären Groß-Systeme zu verantworten haben, ist das korrekt. Davon bleiben aber tiefreichende Unterschiede zwischen den fraglichen totalitären Systemen unberührt, und das technokratische Element in der sozialistischen Ideologie stiftet einen solchen Unterschied. Symbolisch machte das für die Weltöffentlichkeit die Pariser Weltausstellung 1937 im Kontrast der Pavillons des nationalsozialistisch gewordenen Deutschen Reiches einerseits und der Sowjetunion andererseits deutlich. Architektonisch dominierte der Eindruck stilistischer Verwandtschaft der Bauten des Deutschen Albert Speer einerseits und des Sowjetbürgers Boris Michailowitsch Iofan andererseits, woraus man übrigens nicht schließen darf, der monumentale, wuchtige Klassizismus der fraglichen Bauten<sup>24</sup> sei originärer architektonischer Ausdruck des Totalitarismus. Insoweit gilt vielmehr: Die monumentalistische Architektur war damals, vom Musée de la Ville de Paris über die Londoner Universität bis zum finnischen Parlamentsgebäude systemindifferent international<sup>25</sup>, und die totalitären Regime haben diesen Stil, aus angebbaren Gründen, dann besonders geschätzt und fortgebildet. Nicht in der Architektur also, wohl aber in der krönenden Symbolik kontrastieren die beiden feindlichen Ideologien vollständig - sowjetisch das Standbild der Arbeitshelden, Hammer und Sichel zu jenem Emblem kreuzend, das auch die Rote Fahne schmückte, nationalsozialistisch aber der zum Hakenkreuzträger verfremdete wuchtige Reichsadler. Wir erkennen darin den Gegensatz von politischer Machtsymbolik einerseits und technokratischer Produktionssymbolik ande-

<sup>24</sup> Cf. dazu Franco Borsi: Die monumentale Ordnung. Architektur in Europa 1929-1939. Stuttgart 1987.

<sup>25</sup> Cf. dazu Vittorio Magnago Lampugnani: Die entnazifizierte Baugeschichte. Architektur im nationalsozialistischen Deutschland und im faschistischen Italien. in: Vittorio Magnago Lampugnani: Architektur als Kultur. Die Ideen und die Formen. Aufsätze 1970-1985. Köln 1986, pp. 229-257. - Zu den Gründen der speziellen totalitären Schätzung neoklassizistischer Kunststile cf. das Kapitel „Avantgarde und politische Geschichtssinnverwaltung“ in meinem Buch „Im Zug der Zeit. Verkürzter Aufenthalt in der Gegenwart“, Berlin, Heidelberg, New York etc. 1994, pp. 119-136.

rerseits wieder, dem sich ja bereits die Denkmalsszenerie auf Bacon's "Nova Atlantis" verdankte. Sowjetideologisch blieben damit Arbeit und Technik Träger der Verheißung friedentiftender Verteilungsgerechtigkeit im Zustand der Fülle am Ende der Geschichte. Nationalsozialistisch hingegen wappnete man sich machtpolitisch für den ewigen Kampf der Völker und Rassen, und ihm hatten Arbeit und Technik zu dienen.

Man darf aus der Technokratieferne der nationalsozialistischen Emblematik selbstverständlich nicht schließen, Technikdistanz, gar Technikfeindschaft sei ein Element nationalsozialistischer Weltanschauung gewesen. Technikkritik, gewiß, hat als zentrales Element antimodernistischer Zivilisationskritik Affektlagen begünstigt, die das Ordnungssystem der liberalen Demokratie in seiner Zukunftsfähigkeit schwächen mußten<sup>26</sup>. Nichtsdestoweniger verstand sich die nationalsozialistische Ideologie nicht als technikfeindliche, vielmehr als eine die Technik konsequent politisch nutzende Ideologie. Der Verdacht der Lebensfeindlichkeit der Technik wurde zurückgewiesen: "Nicht 'die Technik' tötet heute alles Vitale, sondern der Mensch ist entartet", lesen wir bei Alfred Rosenberg, und zur Stärke der Herrenrasse gehört es, daß sie die Technik meistert<sup>27</sup>. Und Adolf Hitler schließlich fand, "mit dem Siegeszuge der deutschen Technik und Industrie" habe sich in den Jahren des deutschen Niedergangs die Erkenntnis verloren, "daß dies alles doch nur unter der Voraussetzung eines starken Staates allein möglich sei". Die nationalsozialistische Revolution war eine Revolution in der Absicht, den schwach gewordenen Staat stärker als je zuvor neu zu errichten und die Technik in den Dienst seiner expandierenden Herrschaft zu zwingen<sup>28</sup>. Der Kontrast zur technokratischen Ideologie ist deutlich und es ist dieser Kontrast, der sich in der 1937er emblematischen Selbstdarstellung der beiden totalitären Regime konsequent zum Ausdruck brachte.

## **Die moderne Technik als Medium der Zersetzung des technokratischen Totalitarismus**

In der Geschichte der technikphilosophischen Utopien ereignet sich zweimal ein dramatischer Wandel von großer Signifikanz für veränderte zivilisatorische Lagen. Im ersten Fall handelt es sich um den Vorgang der „Verzeitlichung“ der Utopie, von der bereits die Rede war<sup>29</sup>: Die Projektion technisch hochentwickelter und damit

---

<sup>26</sup> Cf. dazu Rolf Peter Sieferle: Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart. München 1984, pp. 206ff.: „Zivilisationskritik und Nationalsozialismus“.

<sup>27</sup> Alfred Rosenberg: Der Mythos des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfer unserer Zeit. 71.-74. Auflage München 1935, p. 143.

<sup>28</sup> Adolf Hitler: Mein Kampf. Zwei Bände in einem Band. Ungekürzte Ausgabe. 160.-161. Auflage München 1935, p. 164.

<sup>29</sup> Cf. Anm. 15.

zugleich zwangsherrschaftsbefreiter Gesellschaftszustände erfolgt, statt in ferne Räume, an den Zukunftshorizont. Die Voraussetzung dieses Wandels ist, daß die Zivilisation als eine in einem gerichteten Wandel befindliche Zivilisation wahrgenommen wird, in der Herkunft und Zukunft mit der kulturellen Konsequenz der Entstehung eines historischen Bewußtseins auseinandertreten<sup>30</sup>. Der zweite bedeutende Wandel des Stellenwerts der technischen Utopie erfolgt in ihrer Transformation von der Heilsutopie zur Unheilsutopie. Diese Transformation vollzieht sich großräumig um die Mitte unseres Jahrhunderts, und inzwischen ist der literarische Auftritt von Utopien extrem selten geworden, die uns für die Zukunft bessere Welten verheißen<sup>31</sup>.

Zur größten Prominenz unter allen Unheils-Utopien ist bekanntlich Georg Orwells Roman „1984“ gelangt<sup>32</sup>. Dieser Roman präsentiert uns den global gewordenen Totalitarismus, und moderne Technik ist es, die die totalitäre Herrschaft vollendet und zugleich ausweglos macht. Es versteht sich von selbst, daß Orwells utopische Kombination von hochentwickelter Technik und vollkommener politischer Repression in den Ländern des real existent gewesenen Sozialismus als Buchware strikt verboten und einzig als literarische Konterbande präsent war<sup>33</sup>. Näherhin ist es die Informationstechnologie, die die Totalität des Totalitarismus vollständig macht, insbesondere durch die elektronisch vermittelte Allgegenwart des großen Bruders, dessen Blick niemand jemals gänzlich sicher ausweichen kann. Moderne Technik macht zugleich die Errichtung eines vollständigen politischen Nachrichtenmonopols möglich. Hochentwickelte militärische Technologien sorgen über gelegentliche bedrohliche Einsätze in einem Zustand andauernder Friedlosigkeit für politische Binnenstabilisierung durch wachgehaltenen Haß auf ferne Feinde.

Die Hauptfigur des Orwellschen Romans, nämlich Winston Smith, ist bekanntlich im Wahrheitsministerium tätig. Er hat dort die Dokumente der Vergangenheit fortlaufend so umzuschreiben, daß sie zu den jeweils heute ausgegebenen ideologischen und politischen Parolen passen. Totalitäre Herrschaft wird zur Dauerherrschaft durch Steuerung unserer Erinnerung. Das ist eine tiefreichende Einsicht, und wir

<sup>30</sup> Cf. dazu das Kapitel „Evolutionäre Beschleunigung und historisches Bewußtsein“ in meinem Buch „Geschichtsbegriff und Geschichtsinteresse. Analytik und Pragmatik der Historie“, Basel/Stuttgart 1977, pp. 304-335.

<sup>31</sup> Ein prominentes Beispiel dieser selten gewordenen Heilsutopien wäre Ernest Callenbach: *Oecotopia*. Notizen und Reportagen von William Weston aus dem Jahre 1999. Aus dem Amerikanischen von Ursula Clemeur und Reinhard Merker. 58.-68. Tausend Berlin 1981. - Es handelt sich hierbei um eine grüne Utopie, die den Westen der USA im Segen einer ökologischen Revolution erblüht zeigt, während der amerikanische Osten im grauen Elend einer naturverwüstenden Industrielwelt versinkt.

<sup>32</sup> George Orwell: 1984. Roman. Ungekürzte Ausgabe Frankfurt/M., Berlin, Wien 1976.

<sup>33</sup> Cf. dazu Tadeusz Nowakowski: *Orwellowski* in Warschau. In: Melvyn J. Lasky, Helga Hegewisch (Hrsg.): *Utopie als Warnung*. Orwells „1984“. Weinheim, Basel 1983, pp. 102-112.

kennen aus der Geschichte der totalitären Systeme Beispiele für Versuche, sie Realität werden zu lassen, also unsere individuelle und kollektive Identität durch Vergangenheitkontrolle vollständig politisch disponibel zu machen. In Wahrheit ist just das, und zwar aus prinzipiellen Gründen, unmöglich, und im Gegensatz zu Orwells utopischer Vermutung nimmt mit der Hochentwicklung der Informationstechnologie die Wahrscheinlichkeit, daß totalitäre politische Informationskontrolle erreichbar sei, nicht zu, vielmehr ab.

Drei Argumente mögen das plausibel machen. Erstens lassen sich durch Mauern, Stacheldrahtverhaue und sonstige mechanische Vorrichtungen totalitäre Systeme gegen unerwünschten Personenübertritt ungleich besser abdichten als gegen die frei in der Atmosphäre verkehrenden und nur unzureichend oder unvollständig störbaren Radiowellen. Die technisch bewirkte mediale Integration des Globus in ein informationelles Weltsystem ist inzwischen weit über die Grenzen der Orwellschen Vorstellungskraft hinaus fortgeschritten. Es war genau dieser Fortschritt, gegen den sich, als der Ostblock noch existierte, bekanntlich Vorschläge zur Errichtung einer sogenannten Weltinformationsordnung richteten, der zugeordnet war, freien Informationszugang zu unterbinden und so die wichtigste Selbsterhaltungsbedingung diktatorisch-einheitsparteilich verfaßter Gesellschaftssysteme sicherzustellen.

Eben das ließ schon erkennen: Der technische Fortschritt erleichtert nicht, sondern erschwert die Behauptung totalitärer Informationsmonopole. Insbesondere für die mitteleuropäischen und ost-mitteleuropäischen sozialistischen Länder gilt, daß sie je länger je mehr von einem Strom offiziell unerwünschter Informationen überflutet wurden. Das allein schon mußte die Glaubwürdigkeit gegenläufiger Propaganda allmählich zersetzen. Moderne Informationstechnologie war es, die es fortschreitend schwieriger machte, die totalitären Systeme als geschlossene Systeme zu konservieren.

Hinzu kam, zweitens, daß auch die totalitären Regime, soweit sie sich den Imperativen wissenschaftlichen und technischen Fortschritts unterworfen hielten, in rasch wachsender Zahl Inseln freier Wissenserzeugung und relativ freien Wissenstransfers sich entwickeln zu lassen gezwungen waren. Die Menge der Individuen nahm zu, denen man in ihrer Rolle als Wissenschaftler, Ingenieure oder Manager freien Zugang zu den Quellen ihres Wissens gestatten mußte - bis hin zu den hohen Privilegierten von Auslandsaufenthalten zugunsten der sogenannten Reisekader. Die Systeme reicherten sich darüber mit Erfahrungen und Kenntnissen an, die geeignet waren, die herrschende Ideologie zu desavouieren.

Drittens schließlich nimmt mit der Dichte und Reichweite der Verbreitung ideologisch erwünschter Information („Propaganda“) aus prinzipiellen Gründen die Wahrscheinlichkeit ab, die Propaganda von gestern im Bedarfsfall vollständig zurücknehmen zu können. Exemplarisch heißt das: Zu Lenins Zeiten war massenhaft ein Bild des großen Führers in Rednerpose verbreitet, das am Fuß der Tribüne Stalin und Trotzki zeigte. Zu Stalins Zeiten wurde dieselbe Szene propagandistisch ohne Trotzki, also mit dem herausretuschierten Trotzki verbreitet. Das Wissen jedoch,

daß es auch ein anderes Photo gegeben hatte, blieb ununterdrückbar, und die unerwünschten Photos selbst tauchten dann und wann auf.

Im faschistischen Italien ist übrigens eine ähnliche Geschichte passiert. Da gibt es das pompöse Bild, das uns den Duce auf einem Schimmel reitend mit hocherhobenem Schwert zeigt. Die Unterschrift des Bildes wollte wissen, es handele sich um den „Schutzherrn des Islam“. Im Original zeigte indessen dieses Photo überdies einen Stallburschen, der für alle Fälle das Roß am Zügel hielt - eine Szene von nicht gerade heroischer Anmutungsqualität. Entsprechend wurde der Stallbursche herausretuschiert und das so imperial gemachte Photo millionenfach propagandistisch verbreitet. Aber die Beseitigung des ungleich weniger imperialen Originals gelang nicht vollständig. Dann und wann tauchte ein Bild des stallburschenbetreuten Duce auf, und die Römer hatten zu lachen. „Informationelle Verschmutzung“ - so könnte man diesen Vorgang nennen, nämlich aus der Perspektive der Informationskontrollinteressen geschlossener Systeme, und die Zunahme dieser glaubwürdigkeitszeretzenden Verschmutzung macht den Totalitarismus mit der Präsenz hochentwickelter Informationstechnologie wegen der nicht beherrschbaren Folgewirkungen ihrer Nutzung unverträglich.

Sogar die Massenmedien, die in ihrer primitiven Form („Volksempfänger“) die Entfaltung totalitärer Herrschaft tatsächlich begünstigt haben, sind in der Spätzeit der modernen, ideologisch integrierten Diktaturen zu einem der wichtigen Faktoren ihres Zerfalls geworden. Zu den berühmtesten Bildern der jüngeren Fernsehgeschichte gehören die Aufnahmen vom letzten Aufmarsch der Massen vorm rumänischen Diktator Ceausescu. Als dann ertönten im Hintergrund Proteste - an sich kein Problem für eine effiziente Geheimpolizei. Aber gemäß dem Propagandazweck des Aufmarsches waren aus aller Welt die Fernsehberichterstatter zugegen, und indem der Diktator sah, daß man sah, man wage inzwischen sogar öffentlich, die Legitimität seines Führungsanspruchs zu bezweifeln, reagierte er hilflos, und indem man ihn hilflos sah, zerrann die Legitimität, die er durch Sichtbarkeit ihrer Anerkennung stabilisieren wollte. Tatsächlich war es diese Szene, die Ceausescu in den Untergrund abtauchen ließ, aus dem hervorgeholt er dann vor das Erschießungspeloton zu treten hatte. In der Quintessenz heißt das: Die Medien, die hier über ein Ereignis berichteten, waren zugleich ein Faktor der politischen Unkontrollierbarkeit dieses Ereignisses. In der massenmedial integrierten Welt nimmt, den Prognosen der Unheilsutopie Orwells entgegen, die Wahrscheinlichkeit der Wiederkehr totalitärer Zustände ab. Die sogenannte Herrschaft der Technik bedroht insoweit die politische Freiheit nicht, sondern verbessert die Chancen ihrer Verteidigung.

## **Der Triumph der ökonomischen Rationalität über die technokratische Rationalität**

Orwell hat unrecht behalten - so läßt sich mottohaft die den Theoretikern und Praktikern einheitsparteilicher Propaganda zunächst noch unzugänglich gewesene Ein-

sicht zusammenfassen, daß die uneingeschränkte Nutzung moderner Informationstechnologie in Ausbildung und Fortbildung, in produktions- und distributionsbedingter Kommunikation, in Unterhaltung und schließlich sogar in der Propaganda Vergleichs- und Erinnerungsmöglichkeiten, Kenntnisstände und Urteilsfähigkeiten bewirkt, die die Geschlossenheit totalitärer Systeme auflösen und die ideologischen Voraussetzungen ihrer Legitimitätsansprüche brüchig machen.

Und noch aus einem zusätzlichen Grund läßt sich die hochkomplexe und dynamische technisch-wissenschaftliche Zivilisation ordnungspolitisch nicht dauerhaft totalitär organisiert halten. Der Grund ist, daß die informationellen Voraussetzungen rationaler ökonomischer Entscheidungen, die auf Märkten zugänglich werden, sich in Systemen zentral organisierter Planungswirtschaft weder in ausreichendem Umfang beschaffen noch nutzen lassen. Die Erfahrungen mit entsprechenden Schwierigkeiten reichen in der Geschichte des real existent gewesenen Sozialismus weit zurück. Die partiell systemverändernden Reformen des sowjetischen Parteichefs Chruschtschow sollten den Erweis erbringen, daß das sozialistische System in der Lage sei, auch die technischen und organisatorischen Voraussetzungen rasch steigender Massenwohlfaht industriepolitisch zu schaffen. Die Massenwohlfaht hob sich tatsächlich, wenn auch keineswegs planzifferngerecht. Dafür wirkten die Erfolge der Weltraumtechnik international spektakulär („Sputnik-Schock“), und Chruschtschow war kühn genug, in einem neuen Parteiprogramm, 1961, anzukündigen, am Ende des laufenden Jahrzehnts werde die „materiell-technische Basis des Kommunismus“ geschaffen sein, so daß ein weiteres Jahrzehnt später mit der Errichtung des Kommunismus begonnen werden könne, in welchem ja nach der Verheißung Lenins kraft eines Zustands produktions- und produktivitätsbewirkter Fülle das Verteilungsproblem als politisches Problem erledigt sein werde.

In der DDR war es der Parteichef Ulbricht, der in der Chruschtschow-Ära und über sie hinaus für sein Land Konsequenzen aus der aufdringlich gewordenen Erfahrung zu ziehen versuchte, daß die Informationsverarbeitungskapazitäten traditioneller sozialistischer Planung dem Steuerungsbedarf für die Entwicklung einer komplexen Industriegesellschaft nicht gewachsen sind<sup>34</sup>. Im Rahmen des sogenannten Neuen Ökonomischen Systems war beabsichtigt, die disregulierenden Wirkungen politisch-willkürlich festgesetzter Preise für Konsum- und Investitionsgüter zurückzudrängen, und zwar durch planungstechnische Annäherung der Preise für Waren sowie für Dienstleistungen an ihren tatsächlichen „Wert“<sup>35</sup>. Es bedarf keiner Erläuterung, wieso ein solcher Versuch nicht erfolgreich sein konnte. Die Sowjetführung nahm die Ulbrichtschen Preisregulierungsbemühungen hin, erklärte allerdings war-

---

<sup>34</sup> Cf. hierzu das materialreiche Buch von Monika Kaiser: *Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962-1972*. Berlin 1997, pp. 57ff.: „Das Wagnis der Wirtschaftsreform 1962-1966“.

<sup>35</sup> a. a. O. p. 71.

nend, „daß dabei keine Fehler zugelassen werden“ dürften<sup>36</sup>. Aber wie macht man das, wenn man die Unentbehrlichkeit „richtiger“ Preise für die Regulierung von Konsum und Investition erkannt hat, aber der Markt nicht existiert, auf dem sie sich bilden könnten? Läßt sich Planung einschließlich der Preisplanung zu einem dem Markt gegenüber voll funktionsäquivalenten Lenkungsinstrument fortentwickeln? In der Ära Ulbricht gewann die Gewißheit politisch an Boden, die moderne Informationstechnologie sei das geeignete Instrument zur Schließung der unübersehbaren Rationalitätslücke sozialistischer Planung<sup>37</sup>. Zu dieser Hoffnung, die moderne Informationstechnologie werde endlich die sozialistische Wirtschaftsplanung datenverarbeitungspraktisch rational machen, paßt dann die Ulbrichtsche Politik, der wissenschaftlich-technischen Intelligenz Geltungsvorrang im politisch-administrativen Planungsapparat zu verschaffen. Sogar die soziologische Zusammensetzung der herrschenden Einheitspartei veränderte sich über disproportional hohe Steigerungsraten des Mitgliederanteils der Angehörigen technisch-wissenschaftlicher Intelligenz<sup>38</sup>. Man darf sagen: In der Ulbricht-Ära wurde, in partieller Übereinstimmung mit den Reformen des Sowjetsystems unter Chruschtschow, der Versuch gemacht, nach dem Sieg der sozialistischen Revolution, der gesichert zu sein schien, die zweite Hälfte der Leninschen politischen Philosophie mit ihrem technokratischen Kerngehalt Realität werden zu lassen, nämlich die Schaffung der industrie- und technologiepolitischen Voraussetzungen für die künftige Errichtung des Kommunismus. Es hat seine Evidenz, daß im Rahmen einer solchen Politik die „Herrschaftsinstrumente traditionell totalitärer Art, wie Massenterror, Willkür, Gesetz- und Regellosigkeit, Zweideutigkeit und Irrationalität politischer Entscheidungen“ an Bedeutung verlieren mußten und daß komplementär dazu die Anforderungen „funktionsgerechten Ablaufs von Wirtschaft und Gesellschaft“ sowie „wenigstens zum Teil rationale wirtschaftspolitische und organisatorische Grundsätze in die Entscheidungen der strategischen Führungsgruppen“ der unverändert diktatorial regierenden Partei Eingang fanden<sup>39</sup>.

Die auch im Westen weit verbreiteten Erwartungen, die fraglichen Reformen würden in der wirtschaftlichen und politischen Konkurrenz der Weltsysteme die Zukunftsfähigkeit des sozialistischen Systems stärken, haben sich dann nicht erfüllt, und um so eindrucksvoller lesen sich heute die Prognosen derer, die auch in

<sup>36</sup> a. a. O. p. 72.

<sup>37</sup> Cf. hierzu den Artikel „Planung“ in: DDR Handbuch. Wissenschaftliche Leitung: Hartmut Zimmermann unter Mitwirkung von Horst Ulrich und Michael Fehlauer. Band 2 M-Z, 3., überarbeitete und erweiterte Auflage. Köln 1985, pp. 986-1003, bes. pp. 991, 994, 999.

<sup>38</sup> Peter Christian Ludz: *Parteielite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung.* Köln und Opladen 1968, pp. 145ff.

<sup>39</sup> So Ludz, a. a. O. p. 15 l.

der Zeit der Parteiführerschaft Chruschtschows an der Zukunftsunfähigkeit des marxistisch-leninistischen Sozialismus keinen Zweifel ließen - Talcott Parsons' Ankündigung zum Beispiel, „daß sich die kommunistische Gesellschaftsorganisation als instabil erweisen wird und entweder Anpassung in Richtung auf die Wahlrechtsdemokratie und ein pluralistisches Parteiensystem machen oder in weniger entwickelte und politisch weniger effektive Organisationsformen 'regredieren'“ müsse<sup>40</sup>. Die theoretische Basis dieser Prognose Parsons' war die Annahme, daß „in hochdifferenzierten Gesellschaften und Regierungssystemen“ die erforderlichen „integrativen Kapazitäten“ auf Dauer nur über Konsensbildungen, die über freie Wahlen verlaufen, bereit gestellt werden können<sup>41</sup>. Diese Annahme hat sich dann bestätigt.

In der Konkurrenz der Weltsysteme bestimmten unter dem Generalsekretär Breschnew aber nicht die wirtschaftlichen Erfolge des Sowjetsystems die Lage, vielmehr der Versuch, mit militärtechnischen und strategischen Mitteln die eigene Weltmachtstellung zu behaupten und zu steigern. Auch dieser Versuch ging für das Sowjetsystem negativ aus, und der britische Politikwissenschaftler Amann hat plausibel gemacht, daß nicht zuletzt die zusätzlichen Anforderungen des Militärs an das sowjetische Wirtschaftssystem die zum Zusammenbruch dieses Systems führenden Reformversuche des Generalsekretärs Gorbatschow veranlaßt haben<sup>42</sup>. Schwerindustrieabhängige rüstungstechnische Massengüter, Panzer und Kanonen, lassen sich erweislich auch planwirtschaftlich zur Verfügung stellen. Elektronische Steuerungsaggregate, die über den schmalen Raketensektor hinaus Gefechtsfeldwaffen massenhaft hochleistungsfähig zu machen hätten, sind in erforderlicher Menge und Qualität einzig lieferbar, wenn auch der zivile Wirtschaftssektor in Automatisierung und Datenverarbeitung durchweg hohes technologisches Niveau erreicht hat. Es ging somit darum, „den Rüstungssektor in ein ziviles Milieu einzubetten, das sich als innovationsfähiger als das bisherige erweist“<sup>43</sup>. Gorbatschows Perestroika sollte das möglich machen. Im Unterschied zu anderen, vorhergehenden Reformversuchen in der Geschichte sozialistischer Planwirtschaft wurde dieser Versuch nicht revoziert - mit dem Endeffekt seines Zusammenbruchs. Der Sowjetologe Joseph S. Berliner hat diesen Vorgang schon in der Breschnew-Ära auf den Grundsatz gebracht, „daß

---

<sup>40</sup> Talcott Parsons: Evolutionary Universals in Society. In: American Sociological Review. Official Journal of the American Sociological Association 29/3 (1964) pp. 339-357. Deutschsprachiger Auszug in: Wolfgang Zapf (Hrsg.): Theorien des sozialen Wandels. Köln, 1971, pp. 55-74, p. 71.

<sup>41</sup> a. a. O. pp. 70f.

<sup>42</sup> Ronald Amann: Zur Reform des ökonomischen Systems der UdSSR: Interdependenz zwischen Politik und Wirtschaft. in: Hannes Adomeit, Hans-Hermann Höhmann, Günther Wagenlehner (Hrsg.): Die Sowjetunion unter Gorbatschow. Stand, Probleme und Perspektiven der Perestroika. Stuttgart, Berlin, Köln 1990, pp. 162-184, p. 166.

<sup>43</sup> Thomas Sauer: Technologischer Wandel und Innovationspolitik in der UdSSR. Neue Aspekte unter Gorbatschow? In: a.a.O. (cf. Anm. 42) pp. 185-205, p. 186.

eine hohe Rate technologischen Wandels und eine effiziente zentrale Ressourcenallokation einander ausschließen“<sup>44</sup>.

Die Idee, technisch-industrielle Entwicklungen planrational einzuleiten und zu steuern, so scheint das gescheiterte Sowjetexperiment zu lehren, hat ihren historischen Ort im Kontext relativ primitiver Entwicklungsstände. Dazu paßt die Zugehörigkeit der skizzierten technokratischen Programmatik Saint-Simons zum Frühindustrialismus, und auch noch die Erhebung der Fortschrittsphilosophie des Saint-Simon-Schülers Auguste Comte zur emblematischen Ideologie im republikanisch gewordenen Brasilien seit Beginn der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts fügt sich dazu<sup>45</sup>. Unüberbietbar anspruchsvoll trägt in der brasilianischen Flagge die in einem Rautenfeld schwebende Erdkugel eine Bauchbinde mit der Parole „Ordem e progresso“. „Pax“ oder „Justitia“, sollte man meinen, paßten als staatsstiftende Zielgrößen besser. Aber die Meinung ist, daß eine den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt veranstaltende Staatsordnung eo ipso Frieden und Gerechtigkeit fördern und dauerhaft machen werde, und eben das ist die Ur-Meinung der technokratischen Ideologie. - Auch in der kemalistischen Neuordnung der Türkei nach dem Ende des Osmanischen Reiches sind Leitvorstellungen positivistisch-technokratischer Tradition wirksam gewesen<sup>46</sup>, und in den Reden Atatürks wird der traditionsreiche Topos, statt des Schwerts sei jetzt der Pflug in die Hand zu nehmen, zum Motto entwicklungspolitischer Reden. „Let our people live in plenty! Let them be rich!“<sup>47</sup> Das ist ersichtlich ein Aufruf, der mehr beinhaltet als der traditionelle Friedensaufruf. Es ist der Appell, den Frieden über Wohlstand und diesen über ertragsteigernde Arbeit zu gewinnen. Dieser Appell ist von der Vision geleitet, den wir aus der Utopiegeschichte der technokratischen Idee kennen. Im brasilianischen wie im türkischen Fall scheint sich zu bestätigen: Zumal in politischen Zuständen fortschrittsentschlossener Rückständigkeit wirkt die technokratische Ideologie faszinierend.

Just das paßt aber nicht auf jene Intellektuellen-Bewegung, die historisch mit dem Begriffsnamen „Technokratie“ in erster Linie verknüpft ist, nämlich auf die

<sup>44</sup> Zitiert nach Joseph S. Berliner: *The Innovation Decision in Soviet Industry*, Cambridge (Mass.), London 1976, bei Thomas Sauer a.a.O., p. 200.

<sup>45</sup> Eine knappe Inhaltsangabe technokratisch inspirierter politischer Intellektuellenprogramme finden wir bei Leopoldo Zea: *Pensamiento positivista latino-americano*. 11. Caracas 1980, pp. IX-LIV, p. LVII, Cf. ferner: Georg M. Regozini: *Auguste Comtes „Religion der Menschheit“ und ihre Ausprägung in Brasilien. Eine religionsgeschichtliche Untersuchung über Ursprung, Werden und Wesen der Positivistischen Kirche in Brasilien*. Frankfurt am Main 1977.

<sup>46</sup> Cf. dazu die Literaturhinweise bei Bernhard Ple: *Die „Welt“ aus den Wissenschaften. Der Positivismus in Frankreich, England und Italien von 1848 bis ins zweite Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts. Eine wissenssoziologische Studie*. Stuttgart 1996, p. 10.

<sup>47</sup> Lord Kinross: *Ataturk. A Biography of Mustafa Kemal, Father of Modern Turkey*. New York 1964, p. 508.

„Technocrats“, die vor allem und zunächst in den USA, zumal in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, einflußreich war<sup>48</sup>. In diesem Fall, nämlich in einer leistungsfähigen Industriegesellschaft im politischen Rahmen einer konsolidierten liberalen Demokratie, lautete die Herausforderung, auf die die technokratische Bewegung eine Antwort suchte, nicht, Zustände unfrei machenden Mangels zu überwinden. Programm war, die Irrationalität des Marktes mit seinen Preisschwankungen, Verschwendungen durch wirtschaftliche Zusammenbrüche und technologische Entwicklungsblockaden, die aus kurzfristig kalkulierenden Gewinninteressen resultieren, endlich zu überwinden.

Die Weltwirtschaftskrise des Jahres 1929 schien eindrucksvoll die von den amerikanischen Technokraten propagierte Fälligkeit zu belegen, den Markt mit seiner chaotisch verlaufenden Interaktion unkoordiniert entscheidender und handelnder Subjekte endlich planungstechnischer Rationalität zu unterwerfen. Die technokratische Bewegung gewann Einfluß<sup>49</sup>, und sie verlor ihn dann im Schatten der Erfolge freigesetzter Kräfte des Marktes in der weltwirtschaftlichen Entwicklung nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Immerhin gelangte auch noch und gerade in dieser Lage John Kenneth Galbraith, vor allem mit seinem signifikant betitelten Buch „The Affluent Society“ von 1958 Bestsellerruhm<sup>50</sup>. Die gesellschaftspolitischen Impulse, die von der spättechnokratischen Theorie der Überflußgesellschaft ausgelöst oder bestärkt wurden, vergegenwärtigt man sich am besten durch Rekurs auf den weltweit verbreitet gewesenen Slogan „Private Opulence and Public Squalor“. Gesellschaftspolitische Planung hat somit nicht, wie im Kontext frühtechnokratischer Ideologie, die Aufgabe, technisch-industrielle Entwicklungen im Interesse künftigen Überflusses, der das Verteilungsproblem entpolitisiert wird, freizusetzen. Die Gesellschaftspolitik hat vielmehr planungstechnisch die marktbedingten Fehlallokationen des Reichtums auszugleichen, dessen Springquellen längst sprudeln und die industriepolitisch nach Bedarf unschwer noch produktiver gemacht werden könnten<sup>51</sup>.

In der Zwischenkriegszeit blieb die europäische Rezeption der amerikanischen Technokratie-Bewegung eine Episode<sup>52</sup>. Aber nach dem Zweiten Weltkrieg, und

---

<sup>48</sup> Henry Elsner: *The Technocrats. Prophets of Automatisation*. Syracuse University Press 1967. Ferner: Wayne W. Parrish: *Technokratie - die neue Heilslehre*. Mit einem Vorwort von Hermann Sörgel. München 1933.

<sup>49</sup> Cf. dazu Gisela Klein: *The Technocrats. Rückblick auf die Technokratie-Bewegung in den USA*. In: Hans Lenk (Hrsg.): *Technokratie als Ideologie. Sozialphilosophische Beiträge zu einem politischen Dilemma*. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1973, pp. 45-57.

<sup>50</sup> John Kenneth Galbraith: *The Affluent Society*. London 1960.

<sup>51</sup> Zu Galbraith, zu seinen Vorläufern und Kritikern cf. die Zürcher Dissertation von Beat Meier: *John Kenneth Galbraith und seine Wegbereiter. Von Veblen zu Galbraith*. Grösch 1989.

<sup>52</sup> Reiche Literaturhinweise hierzu bei Armin Mohler: *Der Weg der „Technokratie“ von*

zwar signifikanterweise komplementär zu den unerwartet rasch sich einstellenden Erfolgen der Marktwirtschaft im Westen Europas, ereignet sich eine Renaissance der Planungstheorie in sozial- und technologiepolitischer Absicht - ausgehend von Frankreich<sup>53</sup>, wobei dann in Deutschland "Planung" sogar zum "Nomos des Wachstums" erhoben wurde<sup>54</sup>.

In der Tat: In einer komplexen Zivilisation nimmt die temporale Extension unserer Handlungsketten zu<sup>55</sup>, und für die entsprechenden Handlungsprogramme braucht man, statt tradierte Gewohnheit und alltagspraxisnahe Erfahrung, professionalisierte Planung des temporalen Ablaufs von Handlungsschritten auf der kognitiven Basis der Kenntnis von naturalen oder sozialen Kausalitäten, auf die sich Prognosen von Handlungswirkungen stützen können, und man braucht überdies Organisationspläne für die temporale und soziale Interaktion der bei komplexen Handlungen kooperierenden individuellen und institutionellen Subjekte. Ineins mit der fortschreitenden Verwandlung der Realitätsannahmeprämissen, wie wir sie stets unseren Entscheidungen und Handlungen zugrunde legen müssen, in forschungspraktisch erzeugtem Expertenwissen muß auch die Zahl der Experten wachsen, ohne deren Tätigkeit als Sachverständige oder Mitglieder von Beiräten und schließlich auch in den Führungsstäben von Unternehmen und Verwaltungen sowie bei der Ausarbeitung von Entwürfen für Gesetzgebungsvorhaben rationale Entscheidungen nicht mehr möglich wären.

Nichtsdestoweniger haben sich die auf der Traditionslinie der technokratischen Idee liegenden Erwartungen prominenter Sozialwissenschaftler der fünfziger und sechziger Jahre nicht erfüllt, die Expertokratie werde zur dominanten Organisationsform der wissenschaftlich-technischen Zivilisation<sup>56</sup>. "Die moderne Technik bedarf keiner Legitimität", lesen wir bei Helmut Schelsky, und die Politik sinke „auf den Rang eines Hilfsmittels für Unvollkommenheiten des 'technischen Staates' her-

---

Amerika nach Frankreich. in: Hans Barion, Ernst-Wolfgang Böckenförde, Ernst Forsthoff, Werner Weber (Hrsg.): *Epirrhosis*. Festgabe für Carl Schmitt. Berlin 1968, pp. 579-596.

<sup>53</sup> Cf. dazu exemplarisch Pierre Henri Teitgen: *Les Instruments dont dispose la France pour assurer l'Execution de la Planification Commutaire*. In: Joseph H. Kaiser (Hrsg.): *Planung IV. Planung international*. Baden-Baden 1970, pp. 21-40.

<sup>54</sup> Joseph H. Kaiser: *Europäisches Großraumdenken. Die Steigerung geschichtlicher Größen als Rechtsproblem*. In: Hans Barion, Ernst-Wolfgang Böckenförde, Ernst Forsthoff, Werner Weber (Hrsg.): *Epirrhosis*. Festgabe für Carl Schmitt. Berlin 1968, pp. 529-548, p. 548.

<sup>55</sup> Cf. dazu das Kapitel „Technisch induzierte Zeitnutzungszwänge“ in meinem Buch „Im Zug der Zeit. Verkürzter Aufenthalt in der Gegenwart“, Berlin, Heidelberg, New York etc. '1994, pp. 305-314.

<sup>56</sup> Was an Argumenten zur Stützung dieser Erwartung aufgeboden werden kann, findet sich bei Helmut Schelsky: *Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation* (1961). In: Helmut Schelsky: *Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze*. Düsseldorf, Köln 1965, pp. 439-480.

ab“<sup>57</sup>. Die dominante Anmutungsqualität solcher Sätze ist Befremdlichkeit. Es bleibt in ihnen der Umstand vernachlässigt, daß die kognitive und damit auch planungspraktische Beherrschbarkeit gesellschaftlicher Entwicklungen in einer wissenschaftlich-technischen Zivilisation mit dem Grad ihrer Verwissenschaftlichung nicht zunimmt, vielmehr abnimmt. Das ist, in letzter Instanz, deswegen so, weil unbeschadet unserer sich ständig verbessernden prognostischen Instrumentarien der in einer wissenschaftlichen Zivilisation wichtigste Faktor zukünftiger Entwicklungen, nämlich das zukünftige, technisch umsetzbare und wirtschaftlich nutzbare wissenschaftliche Wissen gerade nicht prognostiziert werden kann<sup>58</sup>. Das bedeutet: Wegen der wachsenden faktoriellen Bedeutung prinzipiell nicht vorhersehbaren Wissens gleicht der Verlauf der wissenschaftlich-technischen Zivilisation immer weniger einer Planrealisation. Er gleicht eher einer Evolution, die gewiß auch über Planrealisationen verläuft - das aber in Interaktion mit den unvorhersehbaren und in diesem Sinne kontingenten innovatorischen Effekten, die aus der Praxis von Forschung und Entwicklung resultieren. Richtig ist, daß Nutzung und Beherrschung der auf den gegenwärtigen Stand der wissenschaftlich-technischen Entwicklung kontingent einwirkenden Innovationen von morgen und übermorgen ihrerseits wissenschaftliches Wissen und technisches Können erfordern. Indessen: Die sozialen, ökonomischen, kulturellen und politischen Interessen, aus deren Perspektive wir doch über Nutzen und Nachteil der uns über die wissenschaftlich-technische Evolution neu zuwachsenden Handlungsmöglichkeiten zu urteilen vermögen, sind gerade nicht Expertenangelegenheit, und die Idee, auch diese Interessen noch planrational und damit auch für die Zukunft verbindlich ordnen und steuern zu wollen, wäre Technokratie, in der die vermeintlich entpolitisierte Herrschaft der “Sachgesetzlichkeit“<sup>59</sup> in Wahrheit zu einer Sache sozial- und psychotechnisch verbrämter repressiver Menschenführung geworden sein würde.

Die technokratische Idee, komplexe soziale Systeme, die sich überdies in dynamischer Entwicklung befinden, tendenziell vollständig der Rationalität expertokratischer Planung zu unterwerfen, hat sich, wie die Geschichte des real existent gewesenen Sozialismus lehrt, sogar diktatorial als undurchführbar erwiesen, und in der Geschichte der liberal verfaßten Gesellschaftssysteme wird die tatsächliche Entwicklung, statt durch Experten, durch Marktprozesse, durch die öffentliche Meinung und die in ihr sich bildenden entscheidungskompetenten Mehrheiten gesteuert. Dabei ist die technokratische Ideologie nicht an irrationalen Abneigungen des Publikums gegenüber Expertenkompetenz und Planungsrationality gescheitert. Sie

---

<sup>57</sup> a.a.O. p. 465.

<sup>58</sup> Zur Charakteristik der unter der Voraussetzung dieser prinzipiellen Zukunftsungewissheit in einer wissenschaftlich-technischen Zivilisation verbleibenden Prognosemöglichkeiten cf. meinen Aufsatz „Megatrends. Perspektiven zivilisatorischer Evolution“. Merton-Lectures der Deutschen Börse AG. Frankfurt am Main 1998.

<sup>59</sup> Helmut Schelsky, a.a.O. p. 453.

ist vielmehr an der manifesten Erfahrung gescheitert, daß die Planungsrationaliät dem Informationsgewinnungs- und Informationsverarbeitungsbedarf, der in der Entwicklung komplexer und dynamischer Gesellschaften anfällt, nicht gewachsen ist. Die Menge systemerhaltungsrelevanter und auch im individuellen Fall lebensführungspraktisch wichtiger Informationen, die in den aggregierten Meinungen, Entscheidungen und Handlungen planungstechnisch nicht-koordinierter Subjekte in offenen Gesellschaften ökonomisch und sozial, kulturell und politisch verarbeitet sind, überbietet die Menge der Informationen, die planungstechnisch erhoben und verarbeitet werden könnten, bei weitem. Das bedeutet: Mit der Komplexität moderner Gesellschaften wächst zugleich ihre Angewiesenheit auf Selbststeuerung über Märkte und freie Wahlen, und die alten technokratischen Ideale verblassen.

### **Die Begünstigung demokratischer Selbstorganisation durch die Evolution der technischen Zivilisation**

Sogar in Rußland wird heute die Geschichte des russischen Kommunalverwaltungs-funktionärs erzählt, der als Besucher einer westlichen Großstadt sein Erstaunen über das hohe Niveau der Waren- und Dienstleistungsangebote auf die Frage gebracht habe: Wie machen Sie das eigentlich, eine so große Stadt so effizient zu versorgen?. Die Antwort seines westlichen Kollegen habe gelaute: Die Stadt wird nicht versorgt; sie versorgt sich selbst.

Das ist gewiß eine unzulängliche, nämlich ergänzungsbedürftige Antwort. Aber sie reicht aus, den Blickwechsel zu veranlassen, auf den es hier ankommt. Wachsende Komplexität, das heißt die regional wie sozial expandierenden, in Netzen technisch realisierten wechselseitigen individuellen und institutionellen Abhängigkeiten<sup>60</sup> mehren gewiß auch den Bedarf an zentralen Steuerungsinstanzen, und neue internationale, auch supranationale Organisationen bedienen diesen Bedarf. Genau komplementär dazu wächst aber zugleich jener Anteil zivilisatorischer Lebensvoraussetzungen, der zentraler Regulierungen gar nicht mehr fähig ist. Der entscheidende Sachgrund dieser relativ abnehmenden Steuerungspotenz politischer Zentralen ist informationeller Art. In modernen, komplexen Zivilisationen sind Zentralen - nationale wie internationale - sowohl erhebungspraktisch wie verarbeitungspraktisch der dramatisch anwachsenden Menge der Informationen, die zur Selbsterhaltung und Fortentwicklung der Systeme erhoben und verarbeitet sein wollen, immer weniger gewachsen. Der klassische Zentralstaat wird als eine historisch überlebte, nicht zukunftsfähige politische Organisationsform erkennbar.

Nicht zufällig ist es der Straßenbau, an dem sich auch der Laie diese Zusammenhänge anschaulich machen kann. Jeder PKW-Reisende, der heute durch die einmal

<sup>60</sup> Cf. dazu meinen Aufsatz „Netzverdichtung. Zur Philosophie industriegesellschaftlicher Entwicklungen“, in meinem Buch: Modernisierung und Folgelasten. Trends kultureller und politischer Evolution. Berlin, Heidelberg, New York etc. 1997, pp. 3-22.

napoleonisch beherrschten Regionen Europas fährt, kennt die Landstraßen, die heute noch den damals auf dem Reißbrett gezogenen Trassen folgen - über mehr als ein Dutzend Kilometer schnurstracks von Kirchturm zu Kirchturm führend und hier und da noch mit den inzwischen denkmalpflegerisch konservierten Alleen ausgestattet, die einst marschierenden Militärkolonnen Schatten zu spenden hatten. Dergleichen war damals möglich: Das flache Land bot sich als ein Raum dar, in welchem die infrastrukturbeschädigenden Eingriffe straßenbautechnischer Art gering waren. Handelte es sich um Bauernland, so konnten die Einsprüche der allenfalls Geschädigten ohnehin als unbeachtlich gelten. Aufklärend ließ sich, zu Recht, sagen, die administrativ von oben verfügte Straßenbaumaßnahme komme gesamthaft der Wohlfahrt des Landes zugute. Sonderinteressen der Angehörigen privilegierter Schichten blieben ausnahmsweise berücksichtigungsfähig, und in gelegentlich vorkommenden kontingenten Abweichungen von der geometrischen Rationalität napoleonischer Trassenführung spiegelt sich das.

Es bedarf nur geringer technischer und politischer Phantasie, um zu sehen, daß solche Rationalität, die in der Tat zentral optimal exekutierbar war, bei der höchst komplex gewordenen Flächennutzung in hochentwickelten Industriegesellschaften nicht mehr möglich ist. Ferngasleitungen durchziehen das Gelände, Wasserversorgungsnetze binden Siedlungen zusammen, auf den Versorgungs- und Entsorgungsbedarf höchst unterschiedlicher Industrien ist Rücksicht zu nehmen. Baugebiete, die sich in der Entwicklung befinden, haben Anschluß oder Lärmschutzinteressen. Ökonomisch höchst relevante Nutzungserwartungen von Grundeigentümern sind betroffen. Naturschutzgebiete sind zu verschonen, und Kommunen oder Ortsteile konkurrieren im Geltendmachen ihrer nachteiligen oder auch vorteilhaften Betroffenheiten.

Organisationstechnisch bedeutet das: Mit der Komplexität und Großräumigkeit moderner zivilisatorischer Lebensverhältnisse wächst zugleich der Bedarf an sektoraler, aber eben auch regionaler und lokaler Selbstorganisation beliebiger Kommunitäten einschließlich gebietskörperschaftlicher Kommunitäten. Eben das setzt sich in Selbstbestimmungs- und Selbstverwaltungsansprüche um. Die Impulse, denen diese Ansprüche sich verdanken, sind insoweit nicht Impulse der Modernitätsflucht hinein in die Pseudoidyllik kleiner Räume. Es handelt sich vielmehr um Impulse aus der Erfahrung organisationstechnischer Notwendigkeiten, das heißt aus der Erfahrung, daß die eigenen Angelegenheiten sich zentral nur in einigen wenigen, freilich sehr wichtigen Bereichen handhaben lassen, im übrigen aber und zum weitaus größeren Anteil selbstbestimmt erledigt sein wollen.

Die Konsequenzen dessen lassen sich in den aktuellen verfassungsrechtspolitischen Entwicklungen der europäischen Länder erkennen. Sogar Frankreich hat bekanntlich inzwischen über seine mehr als neunzig revolutionär geschaffenen Departements ein Netz von Regionen gelegt, die nicht Verwaltungseinheiten, vielmehr Selbstverwaltungseinheiten darstellen. Ihre Kompetenzen sind schwach. Nichtsdestoweniger handelt es sich um eine kleine Revolution, wie man erkennt, wenn man sich vergegenwärtigt, daß dergleichen noch unter De Gaulle nicht möglich gewesen

war. Für Spanien und für Italien gilt Analoges, und es ist kein Zufall, daß ineins mit der Integration in die Europäische Union auch die traditionellen Föderalstaaten, also vor allem Deutschland und Österreich, verfassungsrechtspolitisch einem Prozeß der Stärkung einschlägiger Länderkompetenzen ausgesetzt sind.

Die skizzierte, modernitätsabhängige Tendenz zur Regionalisierung und Föderalisierung induziert zugleich gänzlich neue Formen internationaler Beziehung. Dafür steht exemplarisch die in Europa inzwischen weithin etablierte Praxis der Kooperation regionaler Gebietskörperschaften, von Ländern, ja von Kommunen, über Staatsgrenzen hinweg. Dabei handelt es sich stets um die Handhabung von Sachproblemen, die nach ihrer Natur staatsgrenzenüberschreitenden Charakter haben. Die Auswirkungen des Tourismus, die Konsequenzen staatsgrenzenüberschreitender Arbeitsmärkte, ökologische Probleme, die sich ja bekanntlich auch durch Zollschranken nicht aufhalten lassen - das sind Probleme dieser Art, auf die sich die internationale Kooperation substaatlicher Gebietskörperschaften bezieht. Das alles hat rechtlich selbstverständlich stets den Segen der formal zuständigen Staatsregierungen. Die Praxis indessen vollzieht sich vor Ort und wird in ihren Ergebnissen zumeist in den Zentralen widerspruchslos notiert und sanktioniert. Noch einmal also: Es handelt sich hier um internationale Kooperationen substaatlicher Körperschaften. Hier wird unbeschadet der Kompetenzen zentralstaatlich monopolisierter Außenpolitik ein System internationaler Beziehungen hergestellt. Das alles ließe sich im Ensemble von Kategorien traditioneller Zentralstaatszuständigkeiten nur mit Mühe verorten.

In der Zusammenfassung heißt das: Ineins mit der politischen Organisation unserer wechselseitigen Abhängigkeiten im europäischen Großraum gewinnt überall unser Wille zur politischen Selbstbestimmung in unseren kleineren Herkunftsräumen an Intensität. Das ist spezifisch modern, und überall in Europa setzt sich das verfassungsrechtspolitisch in föderale Strukturen um, und auch kommunalpolitisch wirkt sich das aus. Der Beteiligungswille der Bürger bringt sich vor Ort zur Geltung, und die Entwicklung des Gemeindeverfassungsrechts ist überall in Europa vom Zweck der Stärkung der Selbstverwaltungsrechte der Bürger geprägt.

Dazu paßt, kommunal wie regional, die sich verfassungsrechtspolitisch ausbreitende Neigung zum Plebiszit<sup>61</sup>. Für das Personalplebiszit, das heißt für Formen der Direktwahl von Amtsträgern, gilt das zumal. Aber auch das Sachplebiszit breitet sich aus. Das widerspricht nur scheinbar unserer wachsenden Angewiesenheit auf das Expertenurteil in der administrativen und politischen Handhabung sehr komplexer Systeme. Genau in den Fällen nämlich, wo sich das Expertenurteil der Kalkulierbarkeit aus der Perspektive Common-sense-gefestigter gemeinsamer Interessen entzieht, verlangt der Bürger Stimmbürgerrechte und reagiert mit Rückruf von Ent-

---

<sup>61</sup> Über Formen, Nutzen und Nachteil der direkten Demokratie im internationalen Vergleich cf. Silvano Möckli: *Direkte Demokratie. Ein Vergleich der Einrichtungen und Verfahren in der Schweiz und Kalifornien, unter Berücksichtigung von Frankreich, Italien, Dänemark, Irland, Österreich, Liechtenstein und Australien.* Bern, Stuttgart, Wien 1994.

scheidungskompetenzen, die an gewählte Repräsentanten delegiert waren, und eben das setzt sich in den Willen zum Plebiszit um<sup>62</sup>.

Der Zentralstaat - das war eine erfolgreiche Organisationsform von Gesellschaften, die noch primär agrarisch geprägt waren, und auch die Herausforderungen der Frühindustrialisierung waren noch zentralistisch zu bewältigen. Die moderne, durch hochverdichtete Netze zusammengebundene Industriegesellschaft hingegen läßt sich demgegenüber zentralistisch nicht mehr organisieren. Entsprechend wächst mit der Netzverdichtung und mit dem ihr entsprechenden Grad der Komplexität moderner Lebensverhältnisse unsere Angewiesenheit auf Formen lebendiger politischer Selbstorganisation nicht zuletzt in kleinen Einheiten und Kommunitäten. Wie nie zuvor sind wir zu Nutzern verfügbaren Expertenwissens geworden, und ineins damit ist die politische Bereitschaft zur Anerkennung der technokratischen Form seiner sozialen Geltung gesunken.

---

<sup>62</sup> Den bei Abstimmungen auffällig wachsenden Anteil von Nein-Ausgängen erklären Erich Gruner, Hans Peter Hertig: *Der Stimmbürger und die „neue“ Politik. Wie reagiert die Politik auf die Beschleunigung der Zeitgeschichte?* Bern, Stuttgart 1983.